

Die „Vorzeit“ erscheint wöchentlich und ununterbrochen, am Sonn- und Festtage von morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Zahlung von einem Jahr 200 Mark. Bei halbjährlicher Zahlung 100 Mark. Bei vierteljährlicher Zahlung 50 Mark. Bei monatlicher Zahlung 15 Mark. (Postkonto und Postnachnahme). Die Redaktion ist in Berlin, Unter den Eichen 10, im Reichshaus.

Die „Vorzeit“ erscheint wöchentlich und ununterbrochen, am Sonn- und Festtage von morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Zahlung von einem Jahr 200 Mark. Bei halbjährlicher Zahlung 100 Mark. Bei vierteljährlicher Zahlung 50 Mark. Bei monatlicher Zahlung 15 Mark. (Postkonto und Postnachnahme). Die Redaktion ist in Berlin, Unter den Eichen 10, im Reichshaus.

Redaktion und Geschäftsstelle: Berlin, Unter den Eichen 10, im Reichshaus. Telefon: 1000. Postkonto: 1000. Postnachnahme: 1000.

Verleger: Dr. Theodor Wolff, Berlin, Unter den Eichen 10, im Reichshaus. Telefon: 1000. Postkonto: 1000. Postnachnahme: 1000.

# STREIF

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Weg zum Sieg.

## Unterbrechung des Generalfreilichs

### Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte für Groß-Berlin.

Am heutigen Vormittag fand im Saal der Photographen die Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte statt, um über die Fortführung oder den Abbruch des Generalfreilichs Stellung zu nehmen. Für die Unabhängige Partei sprach der Genosse Däumig, der nach einer ausführlichen Schilderung der dem 13. März vorhergegangenen Ereignisse und des tatsächlichen Verlaufs der Bewegung seit dem 13. März die Arbeiter aufforderte, den Generalfreilich nicht abzugeben, sondern zu unterbrechen und für die nächsten Kämpfe gerüstet zu sein. Das bedeute keinen Kampfabbruch, sondern nur eine Kampfpause. Für die Zentrale der Unabhängigen Partei verhandelte Pleck die Weiterführung des Streiks, da selbst ein Teilstreik das wirtschaftliche Leben lahm lege und der Arbeiterschaft einen entscheidenden Einfluss auf die Durchsetzung der gestellten Forderungen einräume.

Darauf gaben die Vertreter der einzelnen Industriegruppen für ihre Belegschaften die Möglichkeiten für die Weiterführung des Streiks bekannt. Es sprachen bis zum Redaktionschluss die Vertreter des Graphischen Gewerbes, der Straßenbahn, der Hochbahn und der Holzindustrie, die es sämtlich für unmöglich erklärten, angesichts des von den Gewerkschaften und den Parteien abgedrohten Streiks die Bewegung auch nur im mindesten erfolgreich weiterzuführen.

Nach weiteren kurzen Verhandlungen wurde mit knapper Mehrheit beschlossen, den Generalfreilich zu unterbrechen, um ihn im gegebenen Moment wieder aufzunehmen.

In der nächsten Nummer bringen wir die Fortsetzung des Versammlungsberichtes.

Die Distriktleiter von Groß-Berlin haben in ihrer Sitzung am heutigen Vormittag mit 19 gegen 15 Stimmen beschlossen, den Generalfreilich abzugeben.

## Die Zustände der Regierung.

In der Sitzung der Gewerkschaftsvorstände und der Vorstände der politischen Parteien am Montag Abend im Reichshaus wurde folgender Beschluss gefasst:

Die gegenwärtig tagenden Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter-Verbände, der Berliner Gewerkschaftskommission, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschließen:

1. dass die Vertreter der Regierungsparteien sich der Pflicht haben, für die Durchführung der auf sozialistischen Forderungen, die das Ergebnis des Generalfreilichs zusammenfassen, in ihren Reichstagsfraktionen einzutreten und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich geschlossen hinter diese Forderungen gestellt, der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, sie als Minister der Reichsregierung bis bindende Entscheidung abgeben hat:

1. dass die Truppen in Berlin bis auf die Spreeinsel zurückgezogen werden,
  2. dass die verhängte Belagerungszustand sofort aufgehoben wird,
  3. dass die demobilisierten Arbeiter, insbesondere im Ruhrgebiet, nicht angegriffen werden sollen,
  4. dass die gewerkschaftlichen Verbände über die Einziehung der Arbeiter in die Sicherheitswehren in Preußen verhandelt werden soll.
- dass sie auf Grund der Anerkennung dieses gewerkschaftlichen Programms und der besonderen Zustände der Regierung den Arbeitern, Angestellten und Beamten im ganzen Reich, insbesondere in Berlin und Umgebung, den Generalfreilich mit dem Beginn des 23. März zu beenden und die Arbeit allenthalben aufzunehmen.

Die unterzeichneten Gewerkschaften und Parteien verpflichten sich, falls die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt und die Zusagen der Regierung gebrochen werden, von neuem zusammenzutreten und über die erneute Ausnahmehandlung des Generalfreilichs zu entscheiden.

- Berlin, den 22. März 1920, nachts 12 Uhr.
- Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund
- Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter-Verbände
- Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend
- Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
- Die sozialdemokratische Partei Deutschlands

## Roßes Ende.

Berlin, 23. März.

Das Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers Roß ist vom Reichspräsidenten genehmigt worden.

Nach Herr Heine hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht, nachdem er noch am 20. März nach einer Wolff-Meldung sein politisches Glaubensbekenntnis von neuem abgelegt hat in einer Erklärung, daß wie es in der Meldung wörtlich heißt, die Einwohnerwehren von ihm eingerichtete Selbstschutzverbände zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung seien. Sie ständen nach wie vor einmütig hinter der verfassungsmäßigen Regierung. Er ersucht alle Behörden, allen falschen Gerüchten über die Einwohnerwehren entgegenzutreten. Die Einwohnerwehren seien in Verbindung mit Reichswehr und Sicherheitspolizei das einzige Mittel zur Verhütung des Bolschewismus (Räteregierung). Sie müßten daher mit allen Mitteln unterstützt, aber nicht aus parteipolitischen Gründen in ihrer Tätigkeit beschränkt werden.

An Stelle von Eugen Ernst ist der Rechtssozialist Richter, bisher Polizeipräsident in Charlottenburg in das Berliner Polizeipräsidium eingezogen.

## Der Anfang der Reinigung.

Berlin, 23. März.

Vom Amt suspendiert unter gleichzeitiger Eröffnung eines Disziplinarverfahrens wurden Dohé, Vortragender Rat im preussischen Ministerium des Innern, Winig, Oberpräsident, v. Heßel, Oberpräsident, Königsberg, v. Braun, Regierungspräsident, Gumbinnen, Zwicker, Landrat, Rognitz, Pauli, Regierungspräsident, Schleswig. Gegen den Landeshauptmann v. Bruns in Königsberg wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Oberst v. Schindler ist vom Kommando der Sicherheitspolizei Berlin abberufen worden. Sämtlich Oberpräsidenten sind aufgefordert worden, über das Verhalten der Beamten während der sogenannten Regierung Kapp Bericht einzubringen.

Die preussische Eisenbahnverwaltung teilt mit: Gegen den Oberpräsidenten Winig, den Regierungspräsidenten von Braun, den Oberpräsidenten von Heßel und den Landeshauptmann von Bruns in Königsberg, sowie gegen den Geh. Regierungsrat im Ministerium des Innern Dohé, ferner gegen den Regierungspräsidenten Pauli in Schleswig ist das Disziplinarverfahren unter sofortiger Entziehung von ihren Ämtern angeordnet worden.

Die Reichsregierung wird unterzüglich der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die Strafverfolgung und Aburteilung der hochverräterischen Unternehmungen, auch soweit es sich um die der Militärgerichtsbarkeit unterstellten Personen handelt, ausschließlich von bürgerlichen Behörden und Gerichten zulieft.

## Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände.

Die Funktionäre erhalten weitere Information Mittwoch, den 24. März, nachmittags 4 Uhr in Gaverlandschhof, Neue Friedrichstr. 35. Kundliche mitbringen.

## Die erste Etappe.

Der Staatsstreik der Rapp-Bittlich ist dank der geschlossenen Einheitsfront des Proletariats in wenigen Tagen niedergezogen worden. Mit voller Klarheit erkannte das Proletariat, welche ungeheure Macht in seinen Händen liegt, wenn es die Waffe des Generalfreilichs mit wuchtiger Entschlossenheit anwendet. Das Proletariat ist die herrschende Macht im Staate, und die Erkenntnis, daß in seinen Händen das Schicksal des deutschen Volkes liegt, läßt die Zunahme seines Machtbewußtseins als die wichtigste Errungenschaft in der ersten Phase des Kampfes um die Erringung der politischen Macht für die Arbeiterschaft erscheinen.

Das Ziel, das sich die Unabhängige Sozialdemokratie in diesem Kampf gestellt hatte, war keinen Augenblick der Kampf für die Wiedereinsetzung der sogenannten verfassungsmäßigen Regierung, derjenigen, die die volle Schuld und Verantwortung für den Staatsstreik der Monarchisten trug. Unser Ziel war der Abbruch des Kampfes mit Erweiterung der realen Macht der Arbeiterschaft und die Verhinderung der Wiederkehr des Rostke-Systems mit seiner Spitze gegen die Arbeiterschaft.

Die alte Regierung ist unmöglich geworden, Rostke und Heine sind bereits in die Versenkung verschwunden. Die anderen müssen folgen. Ebenso ist die Fortsetzung der von ihnen betriebenen Politik unmöglich, wenn nicht neue gewaltige Erschütterungen heraufbeschworen werden sollen. Denn der Kampf um die Weiterentwicklung des Proletariats, der für uns nur eine Etappe zur Verwirklichung des Sozialismus ist, war so klar, daß auch andere Organisationen, darunter solche, die noch nie im politischen Kampf gestanden hatten, sich ihm nicht entziehen konnten, sondern ihn unterstützen mußten.

So konnte der Kampf, der als Parallelbewegung der verschiedenen Organisationen eingeleitet wurde, auch nach dem Sturz der Rapp-Bittlich zunächst noch ungeschwächt fortgehen. Obwohl sich die Unabhängige Partei innerlich gestraubt hatte, erfolgte in diesem Stadium doch eine nicht aufhaltbare und notwendige Annäherung der verschiedenen Organisationen, um wenigstens das Rostke-System endgültig zu beseitigen. Es kam zu den Vereinbarungen zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen, den Regierungsparteien und den Trümmern der alten Regierung, an denen die Unabhängige Sozialdemokratie nicht beteiligt war, die weit hinter unseren Forderungen zurückblieben. Aber würden selbst diese Vereinbarungen reiflos erfüllt, so bedeuteten sie sicher einen Erfolg des Generalfreilichs. Wichtig ist, daß diese Forderungen nicht nur hinter dem zurückblieben, was auch in dieser Phase des Kampfes hätte erreicht werden können, wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten mit derselben Klarheit, Energie und Entschlossenheit erfüllt gewesen wären, wie die Anhänger der Unabhängigen Partei. Aber diese Organisationen waren doch auf das in diesem Kampf Erreichte verpflichtet gewesen und gezwungen, um nicht große Scharen ihrer Anhänger vor den Kopf zu stoßen, bei Wählerfüllung dieser Vereinbarungen aufs neue in den Kampf zu treten.

Die Befürchtung, daß selbst eine neu zusammengefehte Regierung die Verwirklichung dieser Vereinbarungen unter Umständen auszubalten suchen werde, sowie die blutigen Gemegeln gegen die Arbeiter in einigen Berliner Vororten veranlaßten die Unabhängige Sozialdemokratie, die gewerkschaftlichen Organisationen und die Sozialdemokratische Partei schon jetzt vor die Frage zu stellen, was sie zur Sicherung und sofortigen Durchführung der Vereinbarungen zu tun gedenken. In stundenlangen Verhandlungen mit diesen Körperlichkeiten am Montag wurde beschlossen, von der Regierung erneut Sicherungen für die Durchführung der Vereinbarungen zu verlangen: Aufhebung des Standrechts und des Belagerungszustandes, sowie sofortiger Eintritt von organisierten Arbeitern in die Sicherheitswehren und Unterlassung jedes bewaffneten Vorgehens gegen die Arbeiterschaft, insbesondere die des Ruhrgebiets, wurden dafür als unerlässliche Voraussetzungen angesehen.

Im Namen der Regierung sagte Reichsminister Bauer die Erfüllung dieser Bedingungen zu, so daß nun über die Vereinbarungen mit den Regierungsparteien hinaus, insbesondere durch den sofort zu erfolgenden Eintritt von organisierten Arbeitern in die Sicherheitswehren, die bereits erfolgte Aufhebung des Standrechts, die unabhangige Kul-

hebung des Belagerungszustandes, sowie die Zusicherung, daß insbesondere im Ruhrgebiet die bewaffnete Macht nicht gegen die Arbeiter eingesetzt werden sollte, reale Sicherheiten für den Kampf gegen den Militarismus gegeben waren.

Konnte unter diesen Umständen der Generalstreik von einer einzigen politischen Partei fortgeführt werden, nachdem die gewerkschaftlichen Organisationen und die Sozialdemokratische Partei ihn für beendet erklärt hatten und die mit ihm verbundenen folgenschweren Wirkungen auch für die Arbeiterklasse sichtbar waren? Nein! Der Abbruch des Kampfes war notwendig weil ein Generalstreik von so großen Auswirkungen nicht bis zur völligen Erschöpfung der Arbeiterklasse weitergeführt werden darf, weil die Einheitsfront des Proletariats nicht durchbrochen werden durfte. Im Interesse der neuen Kämpfe, die eventuell nötig sind, wenn die Vereinbarungen nicht gehalten werden, die aber nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden können, wenn das Proletariat aktionsfähig bleibt, war diese Entscheidung notwendig.

Alle Arbeiterorganisationen ohne Unterschied der Parteirichtung, darunter auch solche, die bisher jede Beteiligung an politischen Kämpfen stets weit von sich gewiesen hatten, waren in diesem großen Ringen in ihrem Wesen vereint. Zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist die gesamte Arbeiterklasse als Klasse geschlossen aufgetreten. Diese Geschlossenheit durfte nicht auf Spiel gesetzt werden, denn in ihr liegt eine der festesten Bürgschaften für die Durchführung des in diesem Kampfe Errungenen und die Gewähr dafür, daß nun nicht, wie es bereits die Absicht der herrschenden bürgerlichen und militärischen Reaktionen ist, der vorgeschrittenen und starken Teil der Arbeiterklasse isoliert, und dadurch die Einheitsfront des Proletariats durchbrochen wird.

Diese Geschlossenheit bietet ferner die Gewähr dafür, daß das Roske-System, die Anwendung der gesamten Staatsmacht gegen die Arbeiterklasse, endgültig erledigt ist. Sie sichert aber auch die Arbeiterschaft in denjenigen Teilen des Reiches, in denen man größere Errungenschaften erzielt hat als in Berlin. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes insbesondere, die den Militarismus besiegt hat und nun ihre Rechtsposition zu befestigen sucht, erhält durch die Verpflichtung aller Organisationen zu neuem Kampf eine Solidaritätserklärung der gesamten organisierten Arbeiterschaft, durch die ihre Position im Kampfe gegen die herrschenden Gewalten mehr gestärkt wird als durch die ein- oder zweitägige Fortführung des Generalstreiks lediglich durch einen Teil der Arbeiterschaft.

Darüber hinaus aber ist es der Unabhängigen Sozialdemokratie gelungen, alle an diesem Kampfe beteiligten Organisationen auf das bestimmteste festzulegen, daß sie bei Bruch der Vereinbarungen durch Regierung oder bürgerliche Parteien gemeinsam mit der Unabhängigen Sozialdemokratie den Kampf aufs neue aufnehmen. Die Macht der gesamten Arbeiterklasse, die sich in diesem Kampfe so deutlich gezeigt hat, ist also das gefährdende Menetekel für Regierung und bürgerliche Parteien, sofort durchzuführen, was zugesagt ist, wenn nicht der Kampf auf der ganzen Front noch einmal aufgenommen werden soll.

Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß es eine wirkliche reale Sicherung für die Arbeiterklasse erst gibt, wenn die Macht in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen ist. Wenn auch der Generalstreik abgebrochen ist, so muß dennoch der Kampf fortgehen. Die Arbeiterklasse muß nicht nur mit aller ihrer Kraft die Erfüllung der sofort durchsetzbaren Forderungen betreiben, sondern auch alle Macht aufbieten, um neue Rechtspositionen zu erringen. Für uns bedeutet der Abschluß dieses Kampfes nur seine Verlegung auf einen anderen Kampf Boden. Denn die Arbeiterschaft, die aus diesem Kampfe siegreich hervorgegangen und zum Bewußtsein gelangt ist, welche große Macht sie darstellt, wird und kann sich nicht mit dem jetzt Errungenen zufrieden geben.

Bisher ist erst der erste Streich zur Niederwerfung der Reaktion geschehen. Weitere müssen in schneller Folge kommen, denn nun naht die Stunde, wo die Träger der Wirtschaft, die Arbeiter, Angestellten und Beamten auch die Träger der politischen Staatsgewalt werden müssen. So wenig wie in Deutschland eine Regierung gegen die Arbeiterschaft möglich ist, so wenig ist das auch eine Regierung ohne die Arbeiterschaft. Die nächste Etappe zum Ziele des Proletariats muß deshalb die Besitzergreifung der politischen Macht durch eine aus der Arbeiterschaft gebildete Regierung sein. Nur sie beseitigt die Hemmungen, die der Koalition der Arbeiter mit Bürgerlichen notwendig anhaften, schützt die Arbeiterschaft vor einer Politik gegen sie und garantiert eine gradlinige Politik, die sich einzig und allein von dem Wohle und Interesse der Arbeiterklasse als der großen Mehrheit des Volkes leiten läßt.

## Die Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und den Regierungsparteien.

Bei den am Sonnabend früh um 5 Uhr abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften, Regierungsbekleidern und den Regierungsparteien wurde die folgende Vereinbarung getroffen:

Die hier anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß

1. bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Verleumdungen von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten geschehen und daß diese Organisationen eine entscheidende Einfluß auf die Neuregelung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen, und ihren Erloß durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen oder gewerkschaftlichen Gründen gemäßigten Organisationsvertretern.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Abbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der die Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind.

Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme der Sozialisierungsarbeiten und des Reichs auf das Reich.

7. Wirksamere Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verschärfte Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums in Land und Stadt, Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen durch Eröffnung von Befreiungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtungen.

8. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen konterrevolutionärer militärischer Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgend eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erwerbene Rechtsansprüche treu gebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.

9. Im übrigen wird mitgeteilt, daß die Minister Roske und Heinke ihre Abschiebungsreise bereits eingeleitet haben.

Ferner haben die Vertreter der Parteien auf Antrag des Genossen Rusch von der Berliner Gewerkschaftskommission sich verpflichtet, für die sofortige Aufhebung der Schutzhaftbefehle und des Belagerungszustandes einzutreten.

## Die Mezeleien in den östlichen Vororten.

### Die Vorgänge in Köpenick und Umgegend.

Nachdem der Putsch der Baltikumtruppen Tatsache geworden war, zogen die leitenden Parteigenossen in Köpenick den Entschluß, die Arbeiterschaft zu bewaffnen und Arbeiterwehren zu bilden, um die Stadt und die Umgegend gegen die Horden der Gegenrevolution zu schützen. Am Mittwoch knüpften sie Verhandlungen mit der Rache eines Waffendepots an, das in den Albatrosswerken in Friedrichshagen untergebracht war. Die Genossen demühtigten sich nach dem Scheitern dieser Verhandlungen später der Waffen. Ein Kampf fand dabei nicht statt.

Auf Ansuchen wurden die Waffen nach Köpenick geschafft. Die Waffenverteilung ging am nächsten Tage vor sich und die Arbeiterschaft, in der U. S. P. und S. P. D. organisiert, stellte sich zum Eintritt in die zu bildenden Formationen zur Verfügung. Am Freitag gelang es, weitere Waffen aus Grünau und Friedrichshagen zu beschaffen, wo ebenfalls zur Bewaffnung der Arbeiterschaft geschritten wurde. In Grünau wurde die Bürgerwehr ohne Mühe und ohne Hindernisse entworfen. Auch mit Adlershof wurden Verbindungen angeknüpft, da sich auch dort die Arbeiterschaft zur Bewaffnung entschlossen hatte. Man versuchte, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen zu dem Zweck, die nahe beieinander gelegenen Orte gegen die Baltikumer zu schützen. Bei ihrem Vorgehen hatte die Arbeiterschaft die Sympathien des gesamten Bürgertums auf ihrer Seite. In Köpenick meldeten sich zahlreiche bürgerliche Elemente der Bevölkerung freiwillig zum Eintritt in die von den Arbeitern gebildeten Formationen.

Am Freitag kamen Truppen in einem Automobil durch Köpenick. Zwischen Köpenick und Grünau entspann sich ein Kampf zwischen diesen Truppen und der Grünauer Arbeiterschaft. Mit Hilfe von Verstärkungen aus Köpenick wurden die Truppen überwältigt, sie wurden durchaus als Gefangene behandelt, gegen die Bevölkerung in Schutz genommen und im Gefängnis untergebracht. Verwundete Soldaten wurden verbunden und gepflegt.

Am Sonnabend früh wurde ein Truppenkommando in Ditzschgarten übermächtig und in Schutzhaft genommen. Hierbei wurden insgesamt 3 Waffendepots ausgehoben. Adlershof ersuchte Johann am Sonnabend um Unterstützung zur Ueberwältigung der gegenrevolutionären Besatzung des Flugplatzes, insbesondere des Leutnants. Die Unterstützung wurde gewährt und die Besatzung, die fast ausschließlich aus Offizieren bestand, wurde überwältigt.

Adlershof wurde jedoch von den bewaffneten Arbeitern nicht genügend gesichert. Truppen unbestimmten Charakters konnten eindringen und die Adlershofer Arbeiterschaft war gezwungen, sich festend nach Köpenick zurückzuziehen. Inzwischen trafen Nachrichten ein, daß überall in der Umgegend von Köpenick starke Truppen zusammengezogen wurden, insbesondere Formationen des Potsdamer Jäger-Regiments und der Hundsdreißiger.

Genosse Putran und der Bürgermeister von Köpenick knüpften Verhandlungen mit den Berliner leitenden Kommandanten an, um festzustellen, ob die Arbeiterschaft Regierungstruppen oder konterrevolutionäre Horden vor sich habe. Da lediglich die Absicht bestand, gegen Baltikumer zu kämpfen, war die bewaffnete Arbeiterschaft schon vorher angewiesen worden, weiße Fahnen zu hissen, sobald festgestellt worden wäre, daß Regierungstruppen in der Umgegend der Stadt lägen. Es war Putran und dem Bürgermeister jedoch nur möglich, telefonische Verbindungen herzustellen. Sie haben den Berliner Kommandanten gegenüber hervorgehoben, daß die Arbeiter des Glaubens seien, sie kämpften gegen Baltikumer. Von Berlin aus lehnte man die Verhandlungen ab, es wurde erklärt, daß die Aktion rücksichtslos durchgeführt werde. Auch Wels war in Köpenick und man ersuchte ihn, ebenfalls Verhandlungen mit Berlin zu führen, was er jedoch ablehnte. Er glaubte, Regierungstruppen vor sich zu haben. Die Genossen, in deren Hand die militärische Leitung lag, waren der Ueberzeugung, daß die zusammengezogenen Truppenverbände konterrevolutionärer Gesinnung seien, der Bürgermeister und die militärischen Stellen behaupteten, daß man regierungstreue Truppen vor sich habe. Auch der Genosse Putran war dieser Meinung. Er war es vor allem, der dem Führer der bewaffneten Arbeiter euernd mit großem Nachdruck darauf bestand, daß man die Waffen niederlegen solle, da es nicht die Aufgabe der Arbeiter sei, gegen die Truppen der Regierung zu kämpfen. Der Führer der Arbeiter drachte wiederholt seine gegenteilige Ueberzeugung zum Ausdruck, fügte sich aber der Anordnung Putrans, obwohl schweren Herzens, da er überzeugt war, daß die Stadt und die Umgegend dadurch dem Wüten der konterrevolutionären Überantwortheit wurde. Er beauftragte sofort alle Formationen und Posten, daß der Kampf eingestellt werden müsse. Die bewaffneten Arbeiter folgten seinem Rufe und legten die Waffen noch in der Nacht nieder.

Als am Sonntag früh die Truppen in Köpenick eindrangen, waren die Formationen der Arbeiter bereits aufgelöst und die Waffen waren gestreckt. Ein Kampf fand nicht statt.

Nach ihrem Einzug etablierten die Truppen ein Stützgericht in einem Restaurant in der Grünauer Straße. Sie veranfalteten Hausdurchsuchungen, wobei ihnen Denunzianten behilflich waren. Wo Waffen oder Munition gefunden wurde, der wurde ohne weiteres erschossen.

Als Putran vor dem Standgericht erschien, verlangte er die Vernehmung des Bürgermeisters als Entlastungszeugen. Der Bürgermeister erschien und gab auch Erklärungen ab, über deren Inhalt noch nichts bekannt ist. Jedenfalls genügt sie den Offizieren nicht, um die völlige Unschuld Putrans nachzuweisen, obwohl das durchaus möglich gewesen wäre, wie aus dem obigen Bericht hervorgeht. Auf dem Wege zur Richtstätte wurde Putran von der Soldateska in der schamlosesten Weise mißhandelt. Die Aufforderung dazu empfingen die Mannschaften von einem Offizier, der den Soldaten, die Putran verhaftet hatten, schon vor dem Lokal, in dem die Truppe Bericht hielt, zugerufen hatte: „Bis hierher habt Ihr das Schwein gebracht?“

Putran, Geiland, Eckert, Regel, Färre, Wienecke und Kahner wurden am Nachmittag erschossen. Kahner war an der ganzen Aktion nur insofern beteiligt, als er sein Lokal für die Verklammerungen der Truppen zur Verfügung stellte. Es ist anzunehmen, daß inzwischen weitere Erschießungen erfolgt sind. Zahlreiche Verhaftungen sind erfolgt.

Nachdem die Truppen eingezogen waren, hatten einige Genossen Gelegenheit mit ihnen zu sprechen, um sie nach ihrer Herkunft und ihren Absichten zu fragen. Auf die Frage, ob sie zur Regierung Vauer ständen, erklärten sie, sie kennen keine Regierung. Ihre Regierung seien ihre Offiziere. Sie kämen von Frankfurt a. O. und seien gegen Spartakus ausgefallen.

Dies der nackte Tatbestand, aus dem hervorgeht, daß die Regierungstruppen in den östlichen Vororten wie die Barbaren gehandelt haben. Arbeiter, die im Interesse der allgemeinen Sicherheit nur für die Abwehr der konterrevolutionären Gefahr die nötigen Ordnungsmassnahmen ergriffen sind, von der Soldateska niedergemetzelt worden. Das von General v. Seeckt proklamierte Standrecht hat zahlreiche Opfer gefordert. Nicht die Aufrührer von rechts, nicht die Baltikumhorden und ihre Hintermänner sind Opfer des Standrechts geworden, sondern jene Arbeiter, die unter Einsetzung ihres Lebens gegen die Baltikumer vorgegangen sind. Die Verantwortung für diese Mezeleien trägt die Regierung, die nichts unternommen hat, um die planmäßige Aktion der Reichswehrtruppen gegen die östlichen Vororte zu verhindern. Wir verlangen schleunige Untersuchung der ganzen Angelegenheit und strengste Bestrafung aller Schuldigen ohne Rücksicht auf die Person.

## Aufhebung der Standgerichte.

Berlin, 22. März.

Wie aus der nachstehenden Verordnung hervorgeht, hat der Reichspräsident im Vertrauen darauf, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit nicht gefährdet wird, die Aufhebung der Standgerichte angeordnet. Die Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlichen weiteren Maßnahmen.

§ 1. Soweit nach den zur Zeit geltenden Vorschriften die Einsetzung von Standgerichten in Groß-Berlin zugelassen ist, werden die hierauf beschließenden Bestimmungen aufgehoben.

§ 2. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, 22. März 1920.

Der Reichskanzler ges.: Bauer. Der Reichspräsident ges.: Ebert.

## Die Verfolgung der Putschisten.

Berlin, 23. März 1920.

Die sofort nach den Räubersführern des Hochverrats aufgenommenen Ermittlungen haben ergeben, daß die Täter anscheinend nach Fehlschlagen des Unternehmens flüchtig geworden sind. Hastbefehle und Steckbriefe sind gegen folgende Personen veranlaßt: Generallandchaftsdirektor Rapp, Regierungspräsident a. D. von Jagow, Major a. D. Pabst, Oberst a. D. Bauer, Arzt und Volkswirt Martin Schiele-Raumburg, früherer Rechtsanwalt Brederel.

Und wo bleiben die Hastbefehle gegen Müttwig und Lubendorff?

## Kämpfe in Halle.

### Standrechtliche Erschießungen.

Nach einem Drahtbericht vom Montag war die Lage in Halle völlig ungeklärt. In der Nacht fanden schwere Kämpfe statt. Die in der letzten Woche gebildete Arbeiterwehr hatte sich zum Teil zurückgezogen. Von der Reichswehr sind schärfste Kampfmaßnahmen angewandt worden, in der Stadt wird mit Minen geschossen, die große Zerstörungen anrichten. Die Zeitfreiwilligen beherrschen im Verein mit den Reichswehrtruppen die Stadt. Zur Zeit sind Verhandlungen angeknüpft über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist. 10 bis 15 Genossen sind standrechtlich erschossen, auch sonst hat die Arbeiterschaft viele Verluste an Tote und Verwundete. Auch Gefangene wurden standrechtlich erschossen. Studenten spielen eine große Rolle als Zeitfreiwillige. Von der Reichswehr wird angedroht, daß sie mit vergifteten Gas- und anderen Kampfmitteln gegen die Arbeiterschaft vorgehen wird.

## Die Schwierigkeiten der Gasversorgung Berlins.

Der Generalstreik hat für viele Stadtviertel nachteilige Folgen gezeigt. In einigen Gasanstalten sind die Kesselräume erloschen und zur Wiederaufnahme des Betriebes ist es nun nötig, die Kessel zu reparieren, die teilweise noch längere Zeit in Anlauf nehmen. Außerdem hat sich in den Hauptgasbahnen sehr viel Luft angesammelt. Vor der Wiederaufnahme des Verkehrs müssen die Rohre ausgetrieben werden, damit sich nicht das höchst explosionsgefährliche Amalgam bilden kann.

Die Werke der Gabbetriebsgesellschaft in der Götterstraße in der Holzmarktstraße, in Schöneberg, Mariendorf und Hiltorf sind betriebsfertig, da die Arbeiter hier die erforderlichen Reparaturen selbst ausgeführt haben. Dagegen sind die Werke in der städtischen Gasanstalt Langjäger Straße und in Regal vollkommen erloschen.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Bielow, Reichliche Arbeiterpartei, a. S. m. b. H., Berlin.